

Sprechzettel

**für die Beratung des Haushaltsentwurfs 2013
- Einzelplan 03 - Ministerpräsident des Landes Schles-
wig-Holstein - Staatskanzlei -
in der gemeinsamen Sitzung des Finanzausschusses,
Innen-und Rechtsausschusses, Europaausschusses und
des Bildungsausschusses**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

der Haushaltsentwurf für den Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten schließt mit einem Ausgabevolumen von rd. 18,5 Mio. € ab. Das entspricht knapp 0,2 % des Volumens des Landeshaushalts!

Gegenüber dem Vorjahr sinken die Ausgaben in 2013 um rd. 4,2 Mio. €. Dies hängt in erster Linie mit dem unterschiedlichen Mittelbedarf für das Projekt KoPers - das ist das Projekt „Kooperation Personaldienste Schleswig-Holstein und Freie und Hansestadt Hamburg“ - zusammen. Hierzu wird in einer der nächsten Finanzausschusssitzungen ausführlich berichtet werden. Daher werde ich heute nicht mehr näher darauf eingehen.

Im Zuge der Regierungsneubildung sind eine Reihe von Veränderungen durchgeführt worden. Hierzu gehört die Verlage-

rung der Europaabteilung ins MJKE, die Aufnahme der Abteilung Landesplanung in die Staatskanzlei, die Übernahme der Minderheitenförderung in die Staatskanzlei; die Zuständigkeit für die Aus- und Fortbildung ist an das Innenministerium zurückgegangen. Die Stabsstelle K (Koordinierung und Planung) sowie die Projektgruppe ZP (Zentrales Personalmanagement) sind in der Staatskanzlei neu ausgewiesen worden.

Die Planung für den Einzelplan sieht prinzipiell eine **Überrollung der Haushaltsansätze** vor. Die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus KoPers und der vorgesehenen Rücknahme der Kommunalisierung der Regionalplanung. Für die Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und aller Regionalpläne sind insgesamt Sachmittel in Höhe von 400.000 € im Haushalt 2013 veranschlagt worden; davon werden rd. 80.000 € für Workshops, Auftakt- und Informationsveranstaltungen sowie rd. 320.000 € für die Erstellung und Erarbeitung von Grundlagen durch Externe benötigt.

Dem Ministerpräsidenten ist die **Förderung der Minderheiten und Grenzverbände** ein besonderes Anliegen. Die am heutigen Tage vorgesehene Unterzeichnung des Zuwendungsvertrages mit dem Bund Deutscher Nordschleswiger (BDN), der die Förderung und Finanzierung der deutschen Volksgruppe und ihrer Aufgaben im Landesteil Nordschleswig für den Zeitraum von 2013 bis 2016 zum Gegenstand hat, ist ein Beispiel dafür. Leider konnten einige Korrekturen für den Bereich der Minderheiten und Grenzverbände nicht mehr rechtzeitig zur Drucklegung des Haushaltsentwurfs eingebracht werden, so dass ich schon jetzt an dieser Stelle an-

kündigen darf, dass es im Rahmen der Nachschiebeliste zum Haushaltsentwurf 2013 noch Veränderungen in der Größenordnung von rd. 120 T€ geben wird. Diese führen nicht zu Mehrausgaben im Einzelplan 03, sondern müssen im Budget an anderer Stelle erwirtschaftet werden.

Zum Schluss meines kurzen Statements will ich noch einige **Anmerkungen zum Personal** machen:

Aufgrund der politischen Schwerpunktbildung der Landesregierung wurden 4 neue Stellen mit kw-Vermerk ausgebracht:

- 2 Stellen E 10, befristet bis 31.12.2018; der Einsatz erfolgt im Bereich Landesplanung, bedingt durch die Rücknahme der Kommunalisierung der Regionalplanung und die Fortschreibung der Raumordnungspläne,
- 1 Stelle E 13, befristet bis 31.12.2015; erforderlich zur Unterstützung des Projektes Zentrales Personalmanagement
- 1 Stelle E 13, befristet bis 31.12.2015; vorgesehen für den Einsatz in der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung

Insgesamt ist festzustellen: **Die beschlossenen Einsparvorgaben und der vorgesehene Stellenabbaupfad wurden eingehalten.** Im Haushaltsjahr 2013 werden 3 Stellen abgebaut:

- 1 A 12-Stelle in der Staatskanzlei und
- 1 E 15 Ü und 1 Cheffahrerstelle in der Landesvertretung

Zum Zentralen Personalmanagement:

In der Landesverwaltung stehen bei dem Thema Personal zwei Aufgaben bis 2020 vorrangig an:

1. Bis 2020 werden nach derzeitigen Schätzungen 16 bis 18 tausend Altersabgänge bei den Beschäftigten der Landesverwaltung erwartet. Vor diesem Hintergrund gilt es, die Funktionsfähigkeit des öffentlichen Dienstes sicherzustellen.
2. Bis 2020 sind über 5.300 Stellen abzubauen, um die Vorgaben für den Stabilitätsrat und der Schuldenbremse zu erfüllen.

Die immensen Personalabgänge werden aufgrund der demografischen Entwicklung große Herausforderungen mit sich bringen:

Sicherlich erleichtern sie zunächst den anstehenden notwendigen Personalabbau. Zugleich verlangen sie aber auch, dass zwei gegenläufige und komplexe Prozesse – Stellenabbau und Nachwuchsgewinnung – in ein stimmiges Miteinander überführt werden.

Für die Steuerung beider Aufgaben ist in der Staatskanzlei das Projekt „Zentrales Personalmanagement“ Ende August 2012 eingerichtet worden.

Die Einheit soll aus 3 Kräften bestehen, sie wird unterstützt von einer ressortübergreifenden Projektgruppe und einer

Steuerungsgruppe. Die Vorarbeiten werden Ende des Jahres abgeschlossen sein.

Aus unserer Sicht ist es notwendig, dass die Landesregierung eine strategische Gesamtsicht und Steuerung vornimmt.

So setzen die Stellenabbaupfade des Finanzministeriums im Wesentlichen für alle Bereiche - mit Ausnahme Bildung und Polizei - die gleichen Vorgaben an, eine Feinsteuerung ist aber insbesondere mit Blick auf die Altersabgänge und politischen Schwerpunkte erforderlich. Auch muss die sog. strategische Lücke bei der Polizei (197 Stellen), ein Erbe der vor-maligen Regierung, noch umgelegt werden.

Wir wissen erschreckend wenig über unser Personal und seine Zusammensetzung. Der Austausch mit den Gewerkschaften in den letzten Wochen war hier sehr konstruktiv und die übereinstimmende Analyse hat uns nochmal gezeigt wie notwendig und erforderlich die neu geschaffene Einheit in der Staatskanzlei ist.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!